



**Appell an die Bundesregierung: Anschlag muss Weckruf sein:
Zusammenarbeit mit islamistischen Regimen beenden und wahrhaftigen
Einsatz für Vielfalt und Demokratie zeigen!**

Göttingen, 30. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Ihre Außen- und Migrationspolitik verharmlost den radikalen politischen Islam und macht das verheerende Treiben seiner Unterstützer salonfähig. Wenn Sie unsere freie und vielfältige Gesellschaft nicht nur in Sonntagsreden loben, sondern aktiv erhalten wollen, dürfen Staaten wie die Türkei, Afghanistan, Katar oder Syrien keine Partner der Bundesrepublik sein! Der Anschlag auf den Berliner Christopher Street Day am 25. Juli 2026 muss zu einem Weckruf werden: Keine Zusammenarbeit mit Islamisten mehr! Sonst bleiben all Ihre Solidaritätsbekundungen mit der queeren Gemeinschaft in Deutschland unglaublich unwirksam.

Denn Ihre Außenpolitik legitimiert und unterstützt genau jene islamistischen Kräfte, die solche Anschläge erst möglich machen. Davor warnen wir und andere Menschenrechtsorganisationen seit Jahren: Die Bundesregierung kooperiert mit Regimen in der Türkei, in Katar und Syrien, die den islamistischen Terror politisch, finanziell und militärisch unterstützen. Überlebenden von Völkermord und Gewalt drohen per Rückführungsabkommen mit den Taliban und dem Regime des Islamisten Al-Schaara in Syrien Abschiebungen. Deals mit Erdogan, den Taliban und Al-Scharaa fördern den Islamismus, anstatt ihn glaubhaft zu bekämpfen. Dadurch gefährden Ihre Deals unsere Freiheit und Sicherheit in Deutschland.

Sie machen sich unglaublich unwirksam, wenn Sie sich innenpolitisch als Beschützer der Demokratie inszenieren und ihre Außen- und Migrationspolitik Regime stärkt, die Menschen- und Minderheitenrechte missachten. Die Abwehr von Geflüchteten scheint eines Ihrer wichtigsten Ziele zu sein und das einzige Rezept, die AfD zu bremsen. Dafür nehmen Sie auch die Schwächung der demokratischen, vielfältigen Zivilgesellschaft in Kauf, etwa durch die Streichung von Mitteln für die Extremismusprävention.

Während Sie islamistische Verbände wie DITIB fördern, die von ausländischen Regierungen finanziert werden, ignorieren Sie liberale und säkulare Muslime und insgesamt die Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland.

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804



Ihre Solidaritätsbekundungen für queere Menschen sind vor diesem Hintergrund nichts weiter als Worthülsen. Es geht Ihnen offensichtlich nicht um diese Menschen oder auch um die immer wieder beschworenen Werte wie Freiheit und Vielfalt. Es geht um Machterhalt. Es geht darum, die AfD möglichst nicht größer werden zu lassen. Es geht darum, möglichst keine Geflüchteten aufnehmen zu müssen. Solange Sie aus geo- und migrationspolitischen Gründen islamistische Regime stärken, glaubt Ihnen niemand, wenn Sie sich in Deutschland gegen den gewalttätigen Islamismus wenden und die AfD wird weiter Zulauf haben. Dass Ihre Rechnung nicht aufgeht, haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt.

Wenn Sie hingegen wirklich etwas gegen islamistische Gewalt in Deutschland und der Welt unternehmen wollen, ist der Weg klar: Beenden Sie die Zusammenarbeit mit Islamisten in der Türkei, Katar, Syrien und Afghanistan! Die Sicherheit queerer Menschen, die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten sowie die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie hängen davon ab.

A handwritten signature in black ink, reading "Sarah Reinke". The script is cursive and fluid, with the first name "Sarah" and last name "Reinke" clearly distinguishable.

Sarah Reinke, Geschäftsleitung Menschenrechte, Gesellschaft für bedrohte Völker e.V: